

Die transatlantischen Beziehungen nach der Irak-Krise: aus europäischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Kempin, Ronja; Wagener, Anja

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kempin, R., & Wagener, A. (2003). *Die transatlantischen Beziehungen nach der Irak-Krise: aus europäischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003*. (SWP-Zeitschriftensschau, 06/2003). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365400>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die transatlantischen Beziehungen nach der Irak-Krise

Aus europäischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Ronja Kempin / Anja Wagener

Unter Mitarbeit von Thorsten Schulz

Das militärische Vorgehen gegen Saddam Hussein unter amerikanischer Führung und die vorangegangenen monatelangen Auseinandersetzungen haben die transatlantischen Beziehungen in eine ihrer schwersten Krisen gestürzt. Werden Amerika und Europa auch diese Krise zu überwinden wissen, oder ist das Verhältnis dauerhaft zerrüttet? Wird es eine europäische Außenpolitik geben, und welche langfristigen Strategien verfolgen die Vereinigten Staaten? In den europäischen Fachzeitschriften des ersten Halbjahrs 2003 wurde schwerpunktmäßig diesen Fragen nachgegangen.

Die Neue Weltordnung, begründet auf den universellen Werten des Liberalismus und herbeizuführen durch eine globale amerikanische militärische Hegemonie – dieses Szenario beschreibt **Edward Rhodes**, Direktor des Center for Global Security and Democracy der Rutgers University, New Jersey. Im Fokus seiner Analyse in *Survival*, der Zeitschrift des Londoner *International Institute for Strategic Studies*, steht die West-Point-Rede Präsident Bushs (Juni 2002) und die *National Security Strategy* (September 2002). Das erklärte Ziel amerikanischer Außenpolitik sei eine Transformation der Weltpolitik durch den Aufbau liberaler Gesellschaften und Ordnungen über den Gebrauch amerikanischer Macht. Die drei wesentlichen Charakteristika dieses Konzepts seien der aktive Gebrauch der über-

legenen US-Militärmacht, die Fundierung der liberalen Ordnung auf der amerikanischen militärischen Hegemonie und ihr nicht nur aggressiver und unilateraler, sondern auch globaler Gebrauch. Die Spannung zwischen »liberal« und »imperial«, die der Außenpolitik der Bush-Administration innewohne, werde damit ersichtlich.

Dabei herrsche kein Widerspruch zwischen amerikanischen Interessen und Werten: Was gut für Amerika sei, sei auch gut für die Welt, und die Welt werde eine bessere sein, wenn sie für Amerika sicherer gemacht werde. Rhodes diagnostiziert dies als Wilsonianismus: die von Bush gewählte Strategie sei ein »moralischer Imperativ«, Freiheit und Gerechtigkeit seien nicht nur zu verteidigen, sondern auch auf diejenigen auszudehnen, denen

das Geburtsrecht auf diese Werte bisher verweigert worden sei.

Hier sieht der Autor das entscheidende Problem dieser Strategie: Damit liberale Ordnungen und Institutionen funktionieren, müssten Individuen und Gesellschaften von der »Richtigkeit« des Liberalismus überzeugt sein. Durch Macht und Stärke sei dies schwerlich zu erreichen, denn der Liberalismus werde bei weitem nicht nur von Tyrannen und Terroristen bedroht, sondern schlichtweg von der Schwäche der menschlichen Natur. Folglich sei der Liberalismus eine ständige Herausforderung, die auch die Vereinigten Staaten nicht immer bewältigt hätten – die Belege reichen von der Sklaverei bis zum McCarthyismus. Außerdem: die Wahlfreiheit herzustellen, um als einzige Option den Liberalismus wählen zu können, verspreche auch nicht mehr Freiheit als vorher.

Am Ende räche sich diese Strategie: Abgesehen von der wachsenden Entfernung zu den Alliierten verletze jeder Gewaltakt, jede von außen aufgezwungene Regierung oder jedes oktroyierte Gesetz die Normen des Liberalismus. Schaden entstehe nicht nur als Folge der Anstrengungen, nicht-liberale Regime und Gesellschaften in liberale zu überführen. Ein politischer und militärischer Kreuzzug für ein liberales Empire unterminiere auch die existierenden liberalen internationalen Institutionen.

Wann ist der aktive Gebrauch der US-Militärmacht begründet, und wer kann ihn legitimieren? In einer Auseinandersetzung mit den Begriffen Unilateralismus und Multilateralismus sowie Präemptivschläge und Mandat des UN-Sicherheitsrates führt, ebenfalls in *Survival*, **Walter B. Slocombe**, in der Clinton-Administration Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, Gründe für das militärische Vorgehen Amerikas gegen Bedrohungen wie das Regime Saddam Husseins an.

Zwar werde die Entscheidung, militärische Gewalt anzuwenden, von jedem Staat einzeln und damit unilateral getroffen, doch sei dies keine Abkehr von der in Amerika weiterhin gültigen Maxime: »uni-

lateral, wenn nötig, aber multilateral, wenn möglich – und multilaterales Handeln sollte immer möglich sein.« Wenn es um konkrete militärische Operationen gehe, sei Amerika weit entfernt von Unilateralismus, da es nicht nur auf (wenn auch nur geringe) militärische Unterstützung anderer Länder angewiesen sei, sondern auch auf deren politische und psychologische Unterstützung.

Legitimierende Grundlage militärischen Handelns könne jedoch keinesfalls allein eine Resolution des UN-Sicherheitsrates sein, vor allem dann nicht, wenn eine einzige Vetomacht in der Lage sei, die Zustimmung dieses Gremiums zu blockieren. Der weithin unterstellte Nexus zwischen Multilateralismus = Resolution des UN-Sicherheitsrates und Unilateralismus = nationale Entscheidung sei schlichtweg nicht vorhanden. Vielmehr zeichne sich multilaterales Handeln durch die Suche nach Unterstützung einer größtmöglichen Zahl anderer Staaten aus. Dadurch unterscheide es sich vom Beharren auf alleinigem Handeln oder gar der Präferenz für ein solches Handeln, welche als Unilateralismus bezeichnet werden müsste.

Die *National Security Strategy*, im September 2002 erschienen, spreche von Präemption allein im Zusammenhang mit Schurkenstaaten, die nach Massenvernichtungswaffen streben. Ein militärisches Vorgehen gegen die von ihnen ausgehende Bedrohung sei mit dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstverteidigung vereinbar. Das Problem der Präemption sei somit nicht ihre Legitimität, sondern ihre Praktikabilität.

Präemptivschläge sollten grundsätzlich unterlassen werden, da weder immer mit absoluter Sicherheit Klarheit darüber bestehe, welche Massenvernichtungswaffen wo zu zerstören seien, noch darüber, ob der angegriffene Staat zu einem Gegenschlag aushole. Militärische Fähigkeiten, die auf Abschreckung und Verteidigung abzielten, seien daher von weitaus größerer Bedeutung und Notwendigkeit, als es die Diskussion um Präemptivschläge vermuten ließe.

Die Zulässigkeit von Präemption will **Geir Ulfstein**, Jura-Professor an der Uni

versität Oslo, entscheidend einschränken: Kein Staat habe das Recht, einen anderen Staat anzugreifen, weil letzterer terroristischen Netzwerken Unterstützung oder Terroristen Unterschlupf gewähre. Ulfstein verweist in seinem Artikel, erschienen in *Security Dialogue*, darauf, daß der UN-Sicherheitsrat die Anwendung militärischer Gewalt durch die USA weder gegen Afghanistan noch gegen andere Staaten auf der Grundlage des Rechts auf Selbstverteidigung befürwortet habe.

Staaten könnten sehr wohl dafür haftbar gemacht werden, daß sie strafrechtliche Akte von Individuen und terroristischen Gruppen, die sich auf ihrem Territorium aufhalten, nicht rechtzeitig vereitelt haben. Doch gebe diese Verletzung internationalen Rechts keinem Staat das Recht, einen anderen unter Berufung auf das Recht auf Selbstverteidigung anzugreifen. Die Anwendung militärischer Gewalt müsse weiterhin dem generellen Verbot der Gewaltanwendung unterworfen, die Inanspruchnahme des Rechts auf Selbstverteidigung Extremsituationen vorbehalten bleiben. Ulfstein tritt den verbreiteten Forderungen nach einer Anpassung von Artikel 51 UN-Charta an die neuen Bedrohungen mit dem Argument entgegen, daß jeder Staat, der sich auf das Recht auf Selbstverteidigung beruft, mehreren Anforderungen genügen muß: der des Beweises, der Unmittelbarkeit des Angriffs, der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit des Gegenschlags. Darüber hinaus verbiete das internationale Recht militärische Gewaltanwendung als bloße Vergeltungsmaßnahme.

Mary Kaldor, Professorin an der London School of Economics, sieht in ihrem Beitrag zur Zeitschrift *International Affairs* Amerika als »Kreuzritter-Staat«, der mehr auf einer Idee als auf einer nationalen Identität basiere. Diese Idee sei die Demokratie, die nicht nur in Amerika bewahrt, sondern deren Geltungsbereich auf den Rest der Welt ausgeweitet werden solle.

Kaldor entwirft vier Politikoptionen, die auf verschiedenen Annahmen über Souveränität und die Natur militärischer Macht

beruhen: »Spectacle war«, Neorealisten- und Anti-Imperialisten, Kooperative Sicherheit sowie Kosmopolitanismus.

Als »Spectacle war« charakterisiert sie die Sichtweise der Bush-Administration, die eine Verbindung der hochtechnisierten Kriege über größere Distanz mit einem moralisch motivierten Kreuzzug zur Vernichtung von Terroristen und Tyrannen darstelle. Die Souveränität anderer Staaten sei insofern nicht absolut, sondern bedingt.

Neorealisten unterscheiden sich von den Anti-Imperialisten durch starrköpfige Verfolgung nationaler Interessen, ohne sonderlich von humanitären Bedenken gehemmt zu sein. Neorealisten seien kritisch gegenüber der Bush-Strategie eingestellt, weil sie nicht dem amerikanischen nationalen Interesse entspräche. Die Anti-Imperialisten betrachteten Amerika als ein Empire, das geopolitische Interessen verfolgt. Sie hielten den Idealismus der Bush-Administration und früherer Administrationen für einen legitimatorischen Vorwand, hinter dem sich massive Eigeninteressen verbergen. Beide Positionen ließen sich gut durch das neue Interesse an Kriegen um Ressourcen illustrieren, auch wenn beider Vertreter eine altmodische, aus früheren Kriegen tradierte Vorstellung von militärischer Stärke hätten.

Dagegen bezeichnet Kaldor mit dem Begriff »Kooperative Sicherheit« die realistische Strömung des europäischen Multilateralismus: die Vorstellung einer Welt aus souveränen Staaten, gegründet auf Regeln und Normen. Diese Haltung, die die Nicht-Intervention als eines ihrer grundlegenden Prinzipien betrachtet, sei durch die Détente-Politik europäischer Sozialdemokraten der siebziger und achtziger Jahre verkörpert worden.

Der Kosmopolitanismus schließlich sei idealistisch und multilateralistisch geprägt und gehe zurück auf Kants Ideal des ewigen Friedens. Dieser Friede könne erreicht werden in einer Welt verfaßter Staaten, die miteinander dauerhafte Friedensverträge schließen. In dieser Welt sei kosmopolitisches Recht, etwa in Gestalt der Menschen

rechte, über die Souveränität gestellt. Das Militär habe eine konflikteindämmende Rolle zu übernehmen, der Schutz von Zivilisten und die Festnahme von Kriegsverbrechern seien durch geeignete multilaterale Verfahren zu gewährleisten.

Kaldor favorisiert das letzte Modell: Nur eine kosmopolitische Sichtweise könne die neuen Quellen der Gewalt eindämmen, nur in einem kosmopolitischen Rahmen könne amerikanische Macht trotz des Reichtums und der militärischen Stärke der USA wirklich effektiv sein.

Die Wahrnehmung der transatlantischen Beziehungen

Der Atlantizismus sei zu Ende, stellt **Ivo H. Daalder**, Forscher an der Brookings Institution in Washington, in *Survival* fest. Die außenpolitischen Interessen Amerikas und Europas seien nicht länger kompatibel. Während die USA ihre Außenpolitik heute ausschließlich auf den Kampf gegen die Trias Terroristen, Tyrannen und Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen konzentrierten und Europa dabei vollständig aus ihrem strategischen Blick verlören, habe sich der Fokus europäischer Außenpolitik nicht verändert. Den Europäern gehe es weiterhin um die Sicherstellung des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Staaten. Sehen die Amerikaner ihr gegenwärtiges strategisches Umfeld bestimmt durch ihre eigene Dominanz, sei für die Europäer die Globalisierung das zentrale Element.

Aus diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen des strategischen Umfeldes ergäben sich zwangsläufig gegensätzliche Politikpräferenzen. Der ›hegemonistischen‹ amerikanischen Außenpolitik, die auf unbedingte Handlungsfreiheit aus sei und Skepsis gegenüber internationalen Institutionen hege, stehe eine ›globalistische‹ europäische Außenpolitik gegenüber, deren Leitmotiv internationale Kooperation sei.

Regimewechsel versus Diplomatie, Friedenssicherung und *nation building* – ist der

Irak-Krieg der Scheidungsgrund der transatlantischen Allianz? Eine Antwort auf diese Frage wagt Daalder nicht zu geben. Statt dessen flüchtet er sich in zwei Zukunftsszenarien: Im ersten besinnen sich beide Seiten auf die Aufgabe, ihre Beziehung zu erneuern und zu verbessern. Europa würde in die Verbesserung seiner militärischen Fähigkeiten investieren und sich vom Konzept der Zivilmacht verabschieden; die USA würden erkennen, daß Allianzen nicht nur lästig und beschränkend, sondern auch stärkend seien. Dieses Szenario berge jedoch die Gefahr, daß sich Europa, endlich militärisch erstarkt, gänzlich von den USA entferne. Oder Europa löse sich, so Daalders zweites Szenario, in nächster Zukunft von den USA und schütze seinen Frieden und Wohlstand vor Amerikas Ambitionen und Launen. Diese beiden Szenarien stimmen pessimistisch. Und Daalders Beurteilung der gegenwärtigen amerikanischen Administration ist ebenfalls nicht positiv: Das Weiße Haus wisse genau, was es wolle, und nichts und niemand sei in der Lage, es von seinem Kurs abzubringen.

Ungleich optimistischer sieht **Richard Herzinger**, Politik-Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, in *Internationale Politik* die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. So sehr auch Europäer und Amerikaner in letzter Zeit betonten, daß sie sich nicht mehr leiden könnten – die transatlantischen Beziehungen würden weitergehen wie gehabt: »Egal wie, sie müssen und werden sich wieder zusammenraufen. Und sich bei nächster Gelegenheit wieder zerstreiten. Und so weiter.« Denn Amerika und Europa benutzten sich nicht nur gegenseitig als Spiegelbild, auf das sie alles Häßliche und Abstoßende projizierten, das sie an sich selbst nicht sehen wollten, sie seien vielmehr jeweils integraler Bestandteil des anderen und würden dies nicht zuletzt aufgrund übereinstimmender Werte und gemeinsamer geschichtlicher Erfahrungen auch bleiben. Fehler und Versäumnisse des einen badet immer auch der andere aus, die Irrtümer des einen ver

weisen immer auf die des anderen zurück. Doch dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß »der Westen« nun endlich den Übergang von der Konsens- in die Konfliktgesellschaft vollziehe. Das Erlernen des Umgangs mit dem Dissens, nicht das Träumen von einer multipolaren Gegenachse werde künftig die transatlantischen Beziehungen bestimmen. Europa werde sich von den USA emanzipieren und sich darüber stärker verklammern. Ein Ende der transatlantischen Beziehungen ziehe dies aber in keinem Fall nach sich. Denn eine saubere Trennung der schwierigen Verbündeten USA und Europa gelinge nur um den Preis, daß sich die ewig zerstrittenen siamesischen Zwillinge einen Teil ihrer selbst aus dem Körper rissen.

Mangels besserer Alternative prognostiziert auch **Thomas Risse**, Professor an der Freien Universität Berlin, den Fortbestand der transatlantischen Beziehungen. Doch die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft, deren soziale, zwischen den einzelnen Staaten und ihren Gesellschaften gewachsene Strukturen das Sicherheitsdilemma in den internationalen Beziehungen überwunden oder zumindest in den Hintergrund haben treten lassen, befinde sich in einer der schwersten Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, vor allem weil die NATO als wichtigste Institution dieser Gemeinschaft tot sei. Die transatlantischen Beziehungen bestünden nur fort bei einer Neubestimmung und Neuverhandlung ihrer Grundlagen. Es bedürfe eines neuen »transatlantic bargain«, der sie gegen amerikanische Unilateralisten wie gegen einen virulenten Antiamerikanismus europäischer Eliten verteidigen könne.

In diesem Prozeß der Neubestimmung trage Europa die Hauptlast der Verantwortung: Da Kontroversen mit den USA über konstitutive Fragen der Weltordnung nicht allein eine transatlantische, sondern auch eine innereuropäische Dimension hätten, müßten sie sowohl in den Institutionen des Bündnisses als auch innerhalb der Europäischen Union ausgetragen werden. Um gemeinsame europäische Positionen in

Washington zur Geltung bringen zu können, müßte der institutionelle Rahmen der GASP und der ESVP ausgebaut und genutzt werden. Nur so könne in Washington mit einer Stimme gesprochen werden, und nur dann habe Europa gegenüber den USA eine Chance. Aus diesem Grund müsse die Bundesregierung zur alten deutschen Politik des Sowohl-Als-auch in bezug auf das transatlantische Bündnis und die GASP/ESVP zurückkehren.

Gegenpol Europa?

Eine deutliche Veränderung der bestehenden Weltordnung sieht **Charles Kupchan**, Professor für Internationale Beziehungen an der Washingtoner Georgetown University, darin, daß in naher Zukunft ein Gegenpol Europa zu den USA erwachsen werde. Im Interview mit Redakteuren der *Blätter für deutsche und internationale Politik* legt er dar, daß die USA schon vor dem Irak-Krieg aufgrund von politischen und geopolitischen Ereignissen das Interesse verloren hätten, weiterhin Schutzmacht Europas zu sein. Die zunehmende Abkehr der USA von Europa werde Ländern wie Polen, aber auch Italien und Großbritannien vor Augen führen, daß die von ihnen bevorzugte Option eines atlantischen Europas nicht zu realisieren sei. Infolgedessen werde die Zustimmung dieser Länder wachsen, ein stärkeres Europa zu schaffen. Daraufhin werde sich der transatlantisch definierte Westen auflösen, weil sich in Amerika eine Weltsicht durchsetzen werde, die die Bedeutung militärischer Suprematie maßlos überschätze. Dabei stünden wir nicht am Beginn eines neuen imperialen Zeitalters, denn die Politik wie die politische Kultur Amerikas seien mit der Idee des Empire nicht zu vereinbaren. Vielmehr bewegten wir uns auf eine Welt zu, die ausgesprochen kompliziert sein werde: der Rundum-Supermacht Amerika stehe der Pol Europa gegenüber.

Europa müsse jedoch nicht nur zunehmend mit einer Stimme sprechen, einen

einzigsten Außenminister haben, der eine seriöse Außenpolitik verfolgt, sowie über eine ansehnliche Schnelle Eingreiftruppe verfügen. Vielmehr solle es anfangen ernst zu nehmen, daß es in der Welt zahlreiche Massenvernichtungswaffen gebe, die in den falschen Händen unvorhersehbare Gefahren darstellten. Ein zentrales Kapitel einer neuen amerikanisch-europäischen Partnerschaft müsse diesen Bedrohungen gewidmet sein. Eine Neufassung von Artikel 51 der UN-Charta, intensivere Strategien zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, verbesserte Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und Ausbau der Aufklärung seien unerläßliche Erfordernisse transatlantischer Zusammenarbeit. Zuvor jedoch müsse die EU sich einen geopolitischen Ehrgeiz aneignen. Dies gelte insbesondere für Deutschland, das diese Fähigkeit unbeschwerter wieder erwerben, sich von der Wehrpflicht verabschieden und ungezwungener eine geopolitische Rolle spielen sollte.

Mit dem Übergang in eine neue Weltordnung befaßt sich auch der renommierte linksintellektuelle französische Demograph und Historiker **Emmanuel Todd** in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*. Der demonstrative Militarismus der USA, der dazu dienen solle, die militärische Unterlegenheit aller anderen Akteure weltweit vorzuführen, habe die wahren Mächte der Welt – Europa, Japan und Rußland – beunruhigt und zur Annäherung veranlaßt. Amerika sei keine Supermacht mehr. Glaubte Amerika nach dem Zusammenbruch der UdSSR noch, seine Hegemonie auf den gesamten Planeten ausdehnen zu können, vermochte es dennoch weder seine Vorherrschaft in Europa und in Japan aufrechtzuerhalten noch die strategische Macht Rußlands endgültig zu zerschlagen.

Heute könne Amerika nur kleine Länder tyrannisieren. Bei den wirklich globalen Konflikten sei Amerika dem gemeinsamen Willen von Europäern, Russen und Japanern ausgeliefert. Zwar werde Amerika nicht untergehen, es werde aber auch nicht mehr die großzügige Weltmacht der

fünfziger Jahre sein. Seine verbliebenen Kräfte werde es im Kampf gegen den Terrorismus vergeuden, ein Vorwand für den Kampf zur Verteidigung einer Hegemonie, die nicht mehr existiere. Nicht diesem Beispiel solle Europa folgen, sondern dem des erfolgreichen Amerikas des 20. Jahrhunderts, das sich nicht in die militärischen Auseinandersetzungen der Alten Welt eingemischt habe. Europa solle Stärke wagen, indem es den Militarismus ablehne und sich auf die inneren wirtschaftlichen und sozialen Probleme seiner Gesellschaften konzentriere.

Auch **François Heisbourg**, Direktor der Fondation pour la Recherche Stratégique in Paris, übt in einem Interview mit *Politique Internationale* herbe Kritik am augenblicklichen Zustand Europas. Die Europäische Union, ihre Außenpolitik und ihre gemeinsame Sicherheit seien an einem toten Punkt angelangt, noch bevor die Erweiterung überhaupt begonnen habe. Die Macht Europas sei mehr denn je eine Chimäre, aber das gesamte Triptychon UN-NATO-EU befinde sich in einer schweren Krise.

So sehr Heisbourg die Amerikaner für ihren Unilateralismus und ihr Verhalten gegenüber den vormaligen Alliierten kritisiert, so sehr prangert er auch die Verhältnisse im Nahen Osten und die Untätigkeit der Europäer an: die post-ottomanische Ordnung in dieser Region sei unerträglich, die Regime politisch rückständig, wirtschaftlich defizitär und in ihrem Umgang mit den Menschenrechten verabscheuungswürdig. Und was hätten die Europäer den Völkern dieser Region anzubieten? Die Beibehaltung des Status quo, wie zum Beispiel der Regime Saddam Husseins und anderer autoritärer Herrscher. Die Amerikaner hätten zumindest den Mut, den Wechsel im Nahen Osten zu denken.

Schließlich bezieht Heisbourg das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Politik zurück auf eines der einflußreichsten Länder Europas: Gerade Frankreich als Mittelmacht brauche den Multilateralismus mehr als eine Supermacht. Die französische Außenpolitik basiere auf nuklearer Ab

schreckung und der europäischen Einigung. Erstere habe seit Ende des Kalten Krieges an politischem und diplomatischem Gewicht verloren, und wenn letztere aufhören sollte, wären die Franzosen abgeschnitten von ihren Vorhaben und ihrem Einfluß.

Die Befürchtung bleibt, daß eine multipolare Welt nicht entstehen werde, wenn es kein europäisches Projekt gibt, das ohnehin durch die Erweiterung verwässert werde.

Zuletzt eine Replik auf Robert Kagans einflußreichen Aufsatz »Power and Weakness«: **Christoph Bertram**, Direktor der in Berlin ansässigen Stiftung Wissenschaft und Politik, antwortet in *Commentaire* auf Kagans Thesen zu Unterschieden zwischen Amerikanern und Europäern. Vor allem kritisiert Bertram die fast schon zur Gewohnheit gewordene Zurückhaltung der Europäer auf internationaler Ebene, sei es auf dem Feld der Analyse, sei es auf dem der Problemlösung.

Der Autor sieht vor allem drei Probleme auf europäischer Seite, mit deren Analyse er Kagans Thesen Schritt für Schritt widerlegt: Erstens verhielten sich die europäischen Regierungen eher als Zuschauer denn als Akteure auf der internationalen Bühne, was wiederum auch darin begründet sei, daß über ein halbes Jahrhundert die Verantwortung für die internationale Ordnung wie selbstverständlich in amerikanischer Hand gesehen und darüber die eigene Verantwortung vergessen wurde. Trotz der europäischen Erfolgsgeschichte in Politik und Wirtschaft fehle heute jede Ambition zur Übernahme einer strategischen Rolle. Zweitens trage die Europäische Union schwer an ihrem schleppenden Entscheidungsprozeß in all jenen Bereichen, in denen die Mitgliedsregierungen einstimmig handeln müssen, aber gerade in der Sicherheitspolitik. Die Kommission könne in ihren Zuständigkeitsbereichen supranational agieren und werde folglich als Akteur wahrgenommen, dem Rat sei dies nicht möglich. Drittens habe die Europäische Union auch keine Ambitionen, in die internationale Ordnung einzugreifen

und sie zu gestalten. Sie habe auf diesem Gebiet noch gar keine Politik.

Bertram löst sich später weitgehend von Kagans im Grunde sehr allgemeiner und beinahe ausschließlich an Militärausgaben und militärischer Stärke orientierten Argumentation und wagt einen tieferen Einblick in die Institution und den (Nicht-) Akteur Europäische Union, um ihr offenbar inkohärentes Erscheinungsbild auf internationaler Ebene zu erklären. Er differenziert dabei zwischen der Europäischen Union und der europäischen politischen Klasse, also den Entscheidungsträgern der Nationalstaaten.

Damit ergibt sich für ihn am Schluß auch noch ein weiteres Hindernis auf dem Weg zum gemeinsamen europäischen Auftreten: Die europäischen Regierungen werden sich nicht gegen Amerika verbünden. Also liegt der Schlüssel doch wieder bei den Amerikanern, die, so die Hoffnung, erneut die Vorteile enger transatlantischer Kooperation erkennen werden. Doch gerade dafür müßten sich die Europäer wertneutral in die inneramerikanische Debatte einmischen.

Vorgestellte Aufsätze

Bertram, Christoph, Faiblesse de la puissance – Réponse à Robert Kagan, in: *Commentaire*, (Frühjahr 2003) 101, S. 25–29

Daalder, Ivo H., The End of Atlanticism, in: *Survival*, 45 (Sommer 2003) 2, S. 147–166

Heisbourg, François, Les risques de la toute-puissance, Entretien avec François Heisbourg, in: *Politique Internationale*, (Frühjahr 2003) 99, S. 53–69

Herzinger, Richard, Siamesische Zwillinge. Europa und Amerika streiten sich heftig – und gehören dennoch zusammen, in: *Internationale Politik*, (2003) 6, S. 1–8

Kaldor, Mary, American Power: from »Compellence« to Cosmopolitanism?, in: *International Affairs*, 79 (2003) 1, S. 1–22

Kupchan, Charles, Die USA brauchen Europa. Konturen einer künftigen Partnerschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2003) 6, S. 679–689

Rhodes, Edward, The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda, in: Survival, 45 (Frühjahr 2003) 1, S. 131–154

Risse, Thomas, Es gibt keine Alternative. USA und EU müssen ihre Beziehungen neu justieren, in: Internationale Politik, (2003) 6, S. 9–18

Slocombe, Walter B., Force, Pre-emption and Legitimacy, in: Survival, 45 (Frühjahr 2003) 1, S. 117–130

Todd, Emmanuel, Auf der Bühne des theatralischen Militarismus, Amerika und die wahren Mächte der Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2003) 3, S. 287–295

Ulfstein, Geir, Terrorism and the Use of Force, in: Security Dialogue, 34 (Juni 2003) 2, S. 153–167

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380